

1052 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Ausgedruckt am 24. 2. 1998

Regierungsvorlage

VERTRAG

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT UND DIE GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG BEI KATASTROPHEN

Die Republik Österreich
und
die Slowakische Republik

(im folgenden: Vertragsparteien), überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, gegenseitige Hilfe bei Katastrophen zu leisten,

im Bewußtsein der Tatsache, daß sich diese jederzeit ereignen können,

in dem Wunsche, einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen zu schließen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Dieser Vertrag regelt die Bedingungen für die Zusammenarbeit und für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen hin, vor allem die Bedingungen für die Entsendung und den Einsatz von Hilfsmannschaften, von einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen und des Materials.

(2) Durch diesen Vertrag wird die übliche Nachbarschaftshilfe im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht berührt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke der Auslegung und Durchführung dieses Vertrages bedeuten die Begriffe:

“Katastrophe”

ein Naturereignis oder ein durch unvorhersehbare technische oder andere Geschehnisse verursachtes Ereignis, bei dem auf Grund seines außerordentlichen Umfangs bereits eine Gefährdung von Leben, Gesundheit und Eigentum eingetreten ist oder eine solche Gefährdung unmittelbar bevorsteht;

“Hilfeersuchender Staat”

diejenige Vertragspartei, deren zuständige Behörden die andere Vertragspartei um Hilfeleistung ersuchen;

“Hilfeleistender Staat”

diejenige Vertragspartei, deren zuständige Behörden einem Ersuchen der anderen Vertragspartei um Hilfeleistung stattgeben;

“Hilfsmannschaften” oder “einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen”

Person(en), die der hilfeleistende Staat zur Hilfeleistung bestimmt;

“Ausrüstung”

das Material, insbesondere technische Geräte, die Verkehrsmittel und die Rettungshunde für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf;

“Hilfsgüter”

Güter, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates bestimmt sind.

Artikel 3**Behörden**

(1) Die für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind:

- auf der Seite der Republik Österreich:
 - der Bundesminister für Inneres;
 - die Burgenländische Landesregierung;
 - die Niederösterreichische Landesregierung;
- auf der Seite der Slowakischen Republik:
 - der Innenminister der Slowakischen Republik.

(2) Die zuständigen Behörden sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Vertrages unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

(3) Die Vertragsparteien werden unverzüglich die Adressen und Fernmeldeverbindungen der zuständigen Behörden austauschen.

(4) Die Vertragsparteien unterrichten einander auf diplomatischem Wege unverzüglich über Änderungen, die die Zuständigkeiten dieser Behörden betreffen.

Artikel 4**Hilfeersuchen**

(1) Eine Hilfeleistung erfolgt ausschließlich auf Ersuchen der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei.

(2) Das Ersuchen gemäß Absatz 1 wird schriftlich, gegebenenfalls mündlich, in der Sprache der ersuchten Vertragspartei oder in Englisch gestellt. Mündlich gestellte Ersuchen sind nachträglich schriftlich zu bestätigen.

(3) Im Zuge des Hilfeersuchens bezeichnen die zuständigen Behörden Art und Umfang der Hilfeleistung, ohne auf Einzelheiten der Durchführung eingehen zu müssen.

Artikel 5**Arten der Hilfeleistung**

(1) Die Hilfe wird durch die Entsendung von Hilfsmannschaften oder einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen, durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf andere geeignete Weise erfolgen.

(2) Hilfsmannschaften oder einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen können zur Durchführung von Rettungs- und Bergungsarbeiten, zur Beseitigung der Folgen von Katastrophen sowie zur Abwehr drohender Katastrophen eingesetzt werden. Sie sollen über die hierzu erforderliche Ausbildung und über die notwendige Ausrüstung verfügen.

(3) Der Transport der Hilfsmannschaften, einzelner zur Hilfeleistung entsandter Personen, der Ausrüstung und der Hilfsgüter kann auf dem Land-, Wasser- oder Luftweg erfolgen.

Artikel 6**Überschreiten der Staatsgrenze und Aufenthalt**

(1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft können die Staatsgrenze ohne Reisedokumente passieren und sich auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates während des Zeitraumes der Hilfeleistung ohne Sichtvermerk und ohne Aufenthaltsgenehmigung aufhalten. Der Leiter der Hilfsmannschaft hat auf Verlangen ein Dokument vorzuweisen, das seine Zuständigkeit nachweist und die Namensliste der Angehörigen der Hilfsmannschaft enthält.

(2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Staatsgrenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübertrittsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall ist ein für die Grenzüberwachung zuständiges Organ unverzüglich davon zu unterrichten.

(3) Sofern dies zu ihrer üblichen Ausrüstung zählt, sind die Hilfsmannschaften dazu berechtigt, auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates Uniform zu tragen. Schußwaffen und Munition dürfen auf das Gebiet des hilfeersuchenden Staates nicht mitgeführt werden.

1052 der Beilagen

3

(4) Die Erleichterungen beim Übertritt der Staatsgrenze nach den Absätzen 1 und 2 gelten auch für Personen, die bei einer Katastrophe evakuiert werden müssen.

Artikel 7**Grenzübergang der Ausrüstung und der Hilfsgüter**

(1) Die Vertragsparteien erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontrollorganen des hilfeersuchenden Staates beim Grenzübertritt lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübertritt außerhalb zugelassener Grenzübertrittsstellen, ist dieses bei erster Gelegenheit einer zuständigen Zollstelle zu überreichen.

(2) Die Hilfsmannschaften oder die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen dürfen außer Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgüter keine Waren mitführen.

(3) Auf Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Soweit Ausrüstungsgegenstände nicht verbraucht werden, sind sie wieder auszuführen. Werden Ausrüstungsgegenstände als Hilfsgüter zurückgelassen, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der verantwortlichen Behörde des hilfeersuchenden Staates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hievon benachrichtigt. In diesem Fall gilt das Recht des hilfeersuchenden Staates.

(4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften und psychotropen Substanzen in den hilfeersuchenden Staat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den hilfeleistenden Staat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen betreffend Suchtgifte und psychotrope Substanzen. Suchtgifte und psychotrope Substanzen dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen der Vertragspartei eingesetzt werden, dem die Hilfsmannschaft angehört. Die verbrauchten Suchtgifte und psychotropen Substanzen werden der Verbrauchsstatistik des hilfeleistenden Staates zugerechnet.

(5) Die Vertragsparteien werden bei Gegenseitigkeit die bei Hilfsleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter im hilfeersuchenden Staat

- ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung zur abgabenfreien vorübergehenden Verwendung zulassen und
- diese frei von allen Eingangsabgaben lassen, soweit sie verbraucht sind.

Artikel 8**Einsätze mit Luftfahrzeugen**

(1) Luftfahrzeuge können für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften oder einzelner zur Hilfeleistung entsandter Personen und für andere Arten von Hilfeleistungen benutzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen und auch außerhalb von Flugplätzen mit Paß- und Zollkontrolle genehmigten Flugfeldern landen und abfliegen.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen ist der zuständigen Behörde des hilfeersuchenden Staates und den zuständigen Flugsicherungsstellen unverzüglich mit Angaben über Art, Type und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 6 werden auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften angewandt.

(5) Die Bestimmungen des Artikels 7 werden auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter angewandt.

(6) Soweit sich aus den Absätzen 2 und 3 nichts anderes ergibt, sind die innerstaatlichen luftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften jener Vertragspartei anzuwenden, auf deren Gebiet der Flugverkehr stattfindet.

(7) Die Verwendung von Militärluftfahrzeugen ist nur mit Zustimmung des hilfeersuchenden Staates zulässig.

Artikel 9

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der sich aus diesem Vertrag ergebenden Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des hilfeersuchenden Staates.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Staates werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, welche die Art der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die Behörden des hilfeersuchenden Staates leisten den Hilfsmannschaften oder einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen des hilfeleistenden Staates Schutz und Hilfe.

Artikel 10

Einsatzkosten

(1) Der hilfeleistende Staat hat gegenüber dem hilfeersuchenden Staat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust der Ausrüstung entstehen.

(2) Im Fall der gänzlichen oder teilweisen Wiedereinbringung der Kosten der Hilfeleistung wird der hilfeleistende Staat vorrangig entschädigt.

(3) Kosten der Hilfeleistungen durch natürliche und juristische Personen, die der hilfeleistende Staat auf Ersuchen hin lediglich vermittelt, trägt der hilfeersuchende Staat.

(4) Die Hilfsmannschaften oder die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen des hilfeleistenden Staates werden während der Dauer des Einsatzes im hilfeersuchenden Staat auf dessen Kosten gepflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall logistische einschließlich medizinische Hilfe.

Artikel 11

Schadenersatz

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle ihr gegen die andere Vertragspartei oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen zustehenden Ansprüche auf Ersatz von Vermögensschäden, die von einer zur Hilfeleistung bestimmten Person der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages verursacht worden sind.

(2) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle ihr gegen die andere Vertragspartei oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen zustehenden Ansprüche auf Ersatz von Schäden, die auf einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod einer zur Hilfeleistung bestimmten Person im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages beruhen.

(3) Wird durch eine zur Hilfeleistung bestimmte Person des hilfeleistenden Staates im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages im Gebiet des hilfeersuchenden Staates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der hilfeersuchende Staat für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene zur Hilfeleistung bestimmte Personen verursachten Schadens Anwendung fänden. Ein Regreß des hilfeersuchenden Staates, der den Schaden ersetzt hat, gegen den hilfeleistenden Staat oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen besteht nicht.

(4) Die Behörden der Vertragsparteien arbeiten bei der Erledigung von Schadenersatzansprüchen eng zusammen.

(5) Dieser Artikel gilt auch nach Außerkrafttreten des Vertrages, wenn der Schaden noch zur Zeit seiner Geltung eingetreten ist.

Artikel 12

Evakuierte Personen

(1) Personen, die bei einer Katastrophe als Evakuierte und deren Begleiter vom Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit die notwendige Versorgung und Hilfe. Der hilfeersuchende Staat erstattet die Kosten dieser Unterstützung und der Rückführung dieser Personen.

(2) Jede Vertragspartei ist verpflichtet, Evakuierte und deren Begleitpersonen, die von seinem Hoheitsgebiet auf dasjenige der anderen Vertragspartei gelangt sind, wieder aufzunehmen. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige der wiederaufnehmenden Vertragspartei sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Übertritt der Staatsgrenze unterstellt.

Artikel 13**Weitere Formen der Zusammenarbeit**

- (1) Die Vertragsparteien arbeiten darüber hinaus insbesondere in folgenden Bereichen zusammen:
- a) zur Vorbeugung von Katastrophen, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen, Forschungsprogramme, Fachkurse und gemeinsame Übungen vorsehen;
 - b) zum Austausch von Informationen über Gefahren, die sich auch auf das Gebiet der anderen Vertragspartei auswirken könnten; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die Übermittlung von Meßdaten.
- (2) Für gemeinsame Übungen gelten die Bestimmungen dieses Vertrages sinngemäß.
- (3) Informationen, die nach den innerstaatlichen Vorschriften der Vertragsparteien geheimzuhalten sind, können nicht Gegenstand des Informationsaustausches sein.

Artikel 14**Fernmelde- und Funkverbindungen**

Die Vertragsparteien treffen gemeinsam Vorkehrungen für die bei Hilfeleistung erforderlichen Fernmelde- und Funkverbindungen.

Artikel 15**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrages, die nicht unmittelbar durch die befaßten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Wege bereinigt.

Artikel 16**Andere vertragliche Regelungen**

Bestehende zweiseitige vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsparteien bleiben unberührt; mehrseitige Abkommen nur insofern, als dieser Vertrag keine andere Regelung vorsieht.

Artikel 17**Inkrafttreten**

- (1) Dieser Vertrag ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden in Preßburg ausgetauscht.
- (2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 18**Geltungsdauer**

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann von jeder der Vertragsparteien schriftlich, auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Er tritt sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN zu Wien am 11. Juni 1997 in zwei Urschriften in deutscher und slowakischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Benita Ferrero-Waldner

Für die Slowakische Republik:

Josef Sestak

6

1052 der Beilagen

ZMLUVA**MEDZI SLOVENSKOU REPUBLIKOU A RAKÚSKOU REPUBLIKOU O
SPOLUPRÁCI A VZÁJOMNEJ POMOCI PRI KATASTROFÁCH**

Slovenská republika

a

Rakúska republika

(Ľalej len “zmluvné strany”) presvedžené o potrebe spolupráce medzi obidvoma štátmi s cieľom poskytnúť si vzájomnú pomoc pri katastrofách,

s vedomím skutočnosti, že tieto môžu nastať kedykoľvek,

so želaním uzavrieť Zmluvu medzi Slovenskou republikou a Rakúskou republikou o spolupráci a vzájomnej pomoci pri katastrofách

dohodli sa takto:

Článok 1**Predmet**

(1) Táto Zmluva upravuje podmienky spolupráce a dobrovoľného poskytovania pomoci pri katastrofách na území druhej zmluvnej strany na jej žiadosť, predovšetkým podmienky vyslania a nasadenia oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc a materiálu.

(2) Táto Zmluva sa netýka obvyklej susedskej pomoci poskytovanej v rámci cezhraničnej spolupráce.

Článok 2**Vymedzenie pojmov**

Na účely výkladu a vykonávania tejto Zmluvy znamenajú pojmy:

“**katastrofa**” – prírodná pohroma alebo situácia zapríčinená nepredvídateľnými technickými alebo inými udalosťami, pri ktorej v dôsledku jej mimoriadneho rozsahu úz boli ohrozené životy, zdravie a majetok, alebo takéto ohrozenie bezprostredne hrozí;

“**štát žiadajúci o pomoc**” – zmluvná strana, ktorej príslušné orgány žiadajú o pomoc druhú zmluvnú stranu;

“**štát poskytujúci pomoc**” – zmluvná strana, ktorej príslušné orgány vyhoveľi žiadosti druhej zmluvnej strany o poskytnutie pomoci;

“**oddiely pomoci**” alebo “**jednotlivé osoby zaslané na pomoc**” – osoby, ktoré určí štát poskytujúci pomoc na poskytnutie pomoci;

“**výbava**” – materiál, najmä technické a správne prostriedky, záchranárske psy na účely nasadenia, ako aj predmety osobnej potreby;

“**predmety pomoci**” – predmety, ktoré sú určené na bezplatné poskytnutie postihnutému obyvateľstvu na území štátu žiadajúceho o pomoc.

Článok 3**Orgány**

(1) O pomoc môžu žiadať a pomoc prijať tieto príslušné orgány:

- za Slovenskú republiku:
minister vnútra Slovenskej republiky;
- za Rakúsku republiku:
spolkový minister vnútra;
krajinská vláda Burgenlandu;
krajinská vláda Niederösterreichu.

(2) Príslušné orgány sú splnomocnené nadviazať pri vykonávaní tejto Zmluvy bezprostredný vzájomný styk.

(3) Zmluvné strany si bezodkladne vymenia adresy a údaje o spojení príslušných orgánov.

(4) Zmluvné strany sa diplomatickou cestou bezodkladne vzájomne informujú o zmenách týkajúcich sa kompetencií týchto orgánov.

•lánok 4**Ďiadosť o pomoc**

- (1) Pomoc sa poskytuje výlučne výlučne na žiadosti príslušných orgánov druhej zmluvnej strany.
- (2) Ďiadosť podľa odseku 1 sa podáva písomne, prípadne ústne v jazyku zmluvnej strany žiadanej o pomoc alebo v anglickom jazyku. Ďiadosť podaná ústne musia byť dodatočne potvrdené písomne.
- (3) V žiadosti o poskytnutie pomoci uvedú príslušné orgány jej druh a rozsah bez podrobností o jej realizácii.

•lánok 5**Druhy pomoci**

- (1) Pomoc sa poskytuje vyslaním oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc, zaslaním predmetov pomoci alebo iným vhodným spôsobom.
- (2) Oddiely pomoci alebo jednotlivé osoby zaslané na pomoc môžu byť nasadené na vykonávanie záchranných a vyslobodzovacích prác, na likvidáciu následkov katastrof, ako aj na odvrátenie ich hrozby. Mali by mať potrebný výcvik a disponovať potrebnou výbavou.
- (3) Preprava oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc, výbavy a predmetov pomoci sa môže uskutočniť suchozemskou, vodnou alebo vzdušnou dopravou.

•lánok 6**Prechod štátnej hranice a pobyt**

- (1) Členovia oddielu pomoci môžu prechádzať cez štátnu hranicu bez cestovných dokladov a na území štátu žiadajúceho o pomoc sa môžu počas poskytovania pomoci zdržiavať bez víza a povolenia na pobyt. Vedúci oddielu pomoci však musí na požiadanie predložiť dokument, ktorý potvrdzuje jeho postavenie a menný zoznam oddielu pomoci.
- (2) V mimoriadne naliehavom prípade možno prekročiť štátnu hranicu aj mimo schválených hraničných priechodov bez dodržania inak platných predpisov. V tomto prípade treba o tom bezodkladne informovať hraničný kontrolný orgán.
- (3) Ak to patrí k obvyklej výbave, sú oddiely pomoci oprávnené na území štátu žiadajúceho pomoc nosiť uniformu. Na územie štátu žiadajúceho o pomoc je neprípustné doviezť strelné zbrane a muníciu.
- (4) Účely pri prekračovaní štátnej hranice podľa odsekov 1 a 2 platia aj pre osoby, ktoré musia byť pri katastrofe evakuované.

•lánok 7**Preprava výbavy a predmetov pomoci cez štátnu hranicu**

- (1) Zmluvné strany uľahčia dovoz a vývoz výbavy a predmetov pomoci. Vedúci oddielu pomoci musí pri prechode štátnej hranice predložiť hraničným kontrolným orgánom štátu žiadajúceho pomoc len zoznam prevážanej výbavy a predmetov pomoci. Ak sa v mimoriadne naliehavom prípade štátna hranica prekračuje mimo schválených hraničných priechodov, musí sa tento zoznam pri najbližšej príležitosti odovzdať príslušnej colnici.
- (2) Oddiely pomoci alebo jednotlivé osoby zaslané na pomoc nesmú okrem výbavy a predmetov pomoci so sebou prevážať žiadny tovar.
- (3) Na výbavu a predmety pomoci sa nevzťahujú zákazy a obmedzenia týkajúce sa dovozu a vývozu tovaru cez štátnu hranicu. Ak sa výbava nespotrebuje, opäť sa vyvezie. Ak sa výbava ponechá ako predmet pomoci, potom treba uviesť druh, množstvo, ako aj miesto jej ponechania príslušnému orgánu v štáte žiadajúcom o pomoc, ktorý to oznámi príslušnej colnici. V tomto prípade platia právne predpisy štátu žiadajúceho o pomoc.
- (4) Ustanovenia odseku 3 sa vzťahujú aj pre dovoz omamných látok a psychotropných substancií do štátu žiadajúceho o pomoc a pre spätný vývoz ich nespotrebovaného množstva do štátu poskytujúceho pomoc. Tento obeh tovaru sa nepovažuje za dovoz a vývoz v zmysle medzinárodných dohovorov o omamných látkach a psychotropných substanciách. Omamné látky a psychotropné substancie sa môžu dovážať iba v množstve potrebnom pre naliehavú lekársku potrebu a používať ich môže len kvalifikovaný zdravotnícky personál podľa zákonných ustanovení zmluvnej strany, ktorej oddiel pomoci patrí.

8

1052 der Beilagen

Spotrebované omamné látky a psychotropné substancie sa pripíšu do Štatistiky Štátu poskytujúceho pomoc.

- (5) Zmluvné strany na základe reciprocity pri poskytovaní pomoci v Štáte žiadajúcom o pomoc
- dovoľia prechodné bezplatné používanie výbavy a predmetov pomoci bez formálnych postupov a zloženia colnej zábezpeky a
 - nezačajú ich žiadanými dovoznými platbami, ak boli spotrebované.

•lánok 8

Nasadenie leteckých prostriedkov

(1) Letecké prostriedky sa môžu použiť na rýchly presun oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc a na iné druhy poskytovania pomoci.

(2) Každá zmluvná strana dovoľí, aby letecké prostriedky, ktoré sú nasadené z výsostného územia druhej zmluvnej strany, podľa odseku 1, prelietali nad jej výsostným územím a pristávali a odlietali aj mimo letísk s colnou a pasovou kontrolou a mimo povolených letištných plôch.

(3) Použitie leteckých prostriedkov sa bezodkladne oznámi príslušnému orgánu štátu žiadajúceho o pomoc a príslušnému orgánu pre riadenie letovej prevádzky s údajmi o druhu, type a označení leteckého prostriedku, o posádke, náklade, case odletu, predpokladanej trase letu a mieste pristátia.

(4) Ustanovenia článku 6 sa vzťahujú na posádky a prepravované oddiely pomoci.

(5) Ustanovenia článku 7 sa vzťahujú na letecké prostriedky a ostatnú prepravovanú výbavu a predmety pomoci.

(6) Ak z odsekov 2 a 3 nevyplýva iné, použijú sa vnútroštátne letecké predpisy tej zmluvnej strany, na ktorej území sa vykonáva letecká činnosť.

(7) Použitie vojenských leteckých prostriedkov je povolené len so súhlasom štátu žiadajúceho o pomoc.

•lánok 9

Riadenie a koordinácia

(1) Riadenie a koordinácia záchranných prác a pomocných opatrení vyplývajúcich z tejto Zmluvy prislúcha v každom prípade orgánom štátu žiadajúceho o pomoc.

(2) Nariadenia oddielom pomoci štátu poskytujúceho pomoc sú adresované výlučne ich vedúcim, ktorí podriadeným silám nariaďia spôsob ich realizácie.

(3) Orgány štátu žiadajúceho o pomoc poskytnú oddielom pomoci alebo jednotlivým osobám zaslaným na pomoc štátom poskytujúceho pomoc ochranu a pomoc.

•lánok 10

Náhrada výdavkov

(1) Štát poskytujúci pomoc nemá voči štátu žiadajúcemu o pomoc nárok na náhradu výdavkov za poskytnutú pomoc. To sa vzťahuje aj na výdavky vzniknuté spotrebovaním, poškodením alebo stratou výbavy.

(2) V prípade úplnej alebo čiastočnej náhrady výdavkov spojených s poskytnutím pomoci bude prednostne odškodnený štát poskytujúci pomoc.

(3) Výdavky spojené s poskytnutím pomoci fyzickými alebo právnickými osobami, ktorú štát poskytujúci pomoc na základe žiadosti len sprostredkoval, uhrádza štát žiadajúci o pomoc.

(4) Oddiely pomoci alebo jednotlivé osoby zaslané na pomoc štátu poskytujúceho pomoc budú mať počas nasadenia v štáte žiadajúcom o pomoc stravu a ubytovanie na jeho účet a po spotrebovaní nimi privezených zásob budú zásobovaní predmetmi osobnej potreby. V prípade potreby sa im poskytne logistické zabezpečenie, ako aj zdravotnícka pomoc.

•lánok 11

Náhrada škody

(1) Každá zmluvná strana sa zrieka všetkých nárokov na náhradu škody na majetku voči druhej zmluvnej strane alebo jednotlivým osobám zaslaným na pomoc, ktorá bola spôsobená jednotlivou osobou zaslanou na pomoc druhej zmluvnej strane pri plnení nariadenia.

1052 der Beilagen

9

(2) Každá zmluvná strana sa voxi druhej zmluvnej strane alebo voxi jednotlivým osobám zaslaným na pomoc zrieka všetkých nárokov na náhradu škody v prípade poškodenia zdravia alebo v prípade smrti osoby zaslanej na pomoc v súvislosti s plnením nariadenia.

(3) Ak spôsobí jednotlivá osoba zaslaná na pomoc zo štátu poskytujúceho pomoc v súvislosti s plnením nariadenia na území štátu ýiadajúceho o pomoc škodu tretiemu, potom ruší štát ýiadajúci o pomoc za škodu podĕa predpisov vzahujúcich sa na škodu spôsobenú vlastnými osobami poskytujúcimi pomoc. Štát ýiadajúci o pomoc nemá regresívny nárok na náhradu škody voxi štátu poskytujúcemu pomoc a jednotlivým osobám zaslaným na pomoc.

(4) Pri vyporiadaní nárokov na náhradu škody orgány zmluvných strán úzko spolupracujú.

(5) Tento xlánok platí aj po uplynutí platnosti Zmluvy, ak škoda vznikla v xase jej platnosti.

•lánok 12**Evakuované osoby**

(1) Osoby, ktoré pri katastrofe prišli ako evakuované osoby alebo osoby ich sprevádzajúce z územia jednej zmluvnej strany na územie druhej zmluvnej strany, dostanú aý do svojho najskoršieho možného návratu potrebné zaopatrenie a pomoc. Štát ýiadajúci o pomoc uhradí výdavky spojené so zaopatrením a návratom týchto osôb.

(2) Každá zmluvná strana je povinná prevziať naspäť evakuované osoby a osoby ich sprevádzajúce, ktoré prišli z jej územia na územie druhej zmluvnej strany. Ak ide o osoby, ktoré nie sú príslušníkmi opätovne prijímajúceho štátu, zostávajú podriadené rovnakému cudzineckoprávnemu štátutu ako pred prekrožením štátnej hranice.

•lánok 13**Ďalšie formy spolupráce**

(1) Zmluvné strany Ťalej spolupracujú predovšetkým v nasledujúcich oblastiach:

- a) pri predchádzaní katastrofám tak, ýe si vymenia všetky vhodné informácie vedecko-technického charakteru a naplánujú rokovania, výskumné programy, odborné kurzy a spoločné cvičenia,
- b) pri výmene informácií o nebezpečenstve, ktoré môžu vzniknúť a mať následky aj na území druhej zmluvnej strany; vzájomné informácie zahŕňajú aj odovzdávanie nameraných údajov.

(2) Na spoločné cvičenia sa vzahujú ustanovenia tejto Zmluvy.

(3) Predmetom výmeny informácií nemôýu byť informácie, ktoré podĕa vnútroštátnych právnych predpisov zmluvných strán musia ostať utajené.

•lánok 14**Telekomunikačné a rádiové spojenie**

Zmluvné strany prijímú spoločné opatrenia potrebné na telekomunikačné a rádiové spojenie pri poskytovaní pomoci.

•lánok 15**Riešenie sporov**

Spory súvisiace s výkladom a vykonávaním tejto Zmluvy, ktoré nemôýu vyriešiť orgány, ktoré sa tým bezprostredne zaoberajú, budú zmluvné strany riešiť diplomatickou cestou.

•lánok 16**Iné zmluvné úpravy**

Táto Zmluva sa netýka záväzkov vyplývajúcich pre zmluvné strany zo vzájomných dvojstranných zmlúv; to platí pre mnohostranné zmluvy len vtedy, ak táto Zmluva neustanovuje ináx.

•lánok 17**Nadobudnutie platnosti**

(1) Táto Zmluva podlieha ratifikácii. Ratifikačné listiny budú vymenené v Bratislave.

10

1052 der Beilagen

(2) Táto Zmluva nadobudne platnosť prvý deň tretieho mesiaca nasledujúceho po mesiaci, v ktorom boli vymenené ratifikačné listiny.

1052 der Beilagen

11

•lánok 18**Ukončenie platnosti zmluvy**

Táto Zmluva sa uzaviera na dobu neurčitú a každá zo zmluvných strán ju môže vypovedať, písomne diplomatickou cestou. Platnosť Zmluvy skončí 6 mesiacov odo dňa doručenia oznámenia o výpovedi.

DANÉ vo Viedni dňa 11. 6. 1997 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v slovenskom a nemeckom jazyku, pričom obe znenia majú rovnakú platnosť.

Za Slovenskú republiku:

Josef Sestak

Za Rakúsku republiku:

Benita Ferrero-Waldner

12

1052 der Beilagen

Vorblatt**Problem:**

Die Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik bei Katastrophen erfolgt derzeit im Rahmen der Nachbarschaftshilfe weitgehend ohne ausdrückliche Regelung.

Lösung:

Schaffung eines völkerrechtlichen Rahmens für eine gegenseitige Hilfeleistung mit der Slowakischen Republik bei Katastrophen.

Alternativen:

Beibehaltung des derzeitigen Zustandes.

Kosten:

Für die Beurteilung der aus der Durchführung des Vertrages entstehenden Kosten ist davon auszugehen, daß die Hilfeleistungen bzw. Einsätze seitens österreichischer Kräfte grundsätzlich freiwillig erfolgen.

Die tatsächliche Höhe der Kosten läßt sich im Hinblick auf die Nichtvorhersehbarkeit des Eintritts einer Katastrophe und des damit einhergehenden Schadensausmaßes naturgemäß nicht beziffern.

Konformität zum EU-Recht:

Ist gegeben.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

1. Der Vertrag hat gesetzändernden bzw. Gesetzesergänzenden Inhalt, nicht jedoch politischen Charakter; er bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Da der Vertrag auch Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder regelt, bedarf er überdies der Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 letzter Satz B-VG. Die Bestimmungen des Art. 9 Abs. 1 und 2 und des Art. 3 Abs. 1 sind zudem verfassungsändernd und daher gemäß Art. 50 Abs. 3 B-VG zu behandeln und ausdrücklich als "verfassungsändernd" zu bezeichnen.

Der Vertrag ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist.

2. Unter den europäischen Staaten bestehen verbreitet Bemühungen, auf dem Gebiet der gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen völkerrechtliche Verpflichtungen vertraglich zu regeln.

In diesem Sinne ist auch auf österreichischer Seite beabsichtigt, mit allen Nachbarstaaten derartige Verträge abzuschließen. Mit der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Fürstentum Liechtenstein sind derartige Verträge bereits in Kraft. Mit Ungarn und Slowenien stehen derartige Verträge unmittelbar vor ihrer Ratifikation. Mit Italien, der Schweiz und mit Tschechien werden Vertragsverhandlungen geführt.

Nunmehr konnte auch mit der Slowakischen Republik ein derartiger Vertrag unterzeichnet werden.

3. Der Vertrag regelt die ständige und enge Zusammenarbeit der Vertragsstaaten zur Vorbeugung möglicher und Bekämpfung eingetretener Katastrophen, insbesondere durch die Festlegung von Ansprechstellen, die Erleichterung des Grenzübertritts von Personen im Dienste der Katastrophenbekämpfung und der Ein- und Ausfuhr von Hilfsgütern und Ausrüstungsgegenständen, die Regelung von Schadensfällen, den grundsätzlichen Verzicht auf gegenseitige Kostenerstattung sowie die Verstärkung des einschlägigen wissenschaftlich-technischen Informationsaustausches und die Durchführung gemeinsamer Übungen zur Vorbereitung auf den Ernstfall.

Der Vertrag hat folgende Regelungsschwerpunkte:

- Festlegung von zuständigen Behörden für die Stellung und die Entgegennahme von Hilfeersuchen,
- einvernehmliche Festlegung von Art und Umfang der Hilfeleistung im Einzelfall,
- Befreiung vom Erfordernis eines Einreisetitels oder eines Aufenthaltstitels während des Einsatzes,
- Erleichterung des Grenzübertritts für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter,
- Einsatz von Luftfahrzeugen für die schnelle Heranführung von Hilfsmannschaften,
- Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen durch die Behörden des hilfeersuchenden Staates,
- Regelung der Einsatzkosten,
- Regelung des Schadenersatzes und der Entschädigung,
- Unterstützung und Wiederaufnahme von Helfern und Evakuierten, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind,
- demonstrative Aufzählung von weiteren Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit,
- Ergreifen von erforderlichen Maßnahmen zur Errichtung von Fernmelde- und Funkverbindungen zwischen den zuständigen Behörden.

Der Vertrag normiert zunächst, daß die Hilfeleistungen bzw. die Einsätze im Falle einer Katastrophe seitens österreichischer Kräfte grundsätzlich freiwillig erfolgen (Art. 1). Es steht somit jedem innerstaatlich zuständigen Rechtsträger, der über zur Hilfeleistung im konkreten Fall geeignete Personal- und Sachressourcen verfügt, frei, seine Hilfskräfte auf Ersuchen des Bundesministeriums für Inneres oder der Landesregierung jedes an die Slowakische Republik angrenzenden Bundeslandes (Art. 3 Abs. 1) zur Durchführung der Hilfsaktionen im Ausland zur Verfügung zu stellen.

Der Bundesminister für Inneres oder die Landesregierung jedes an die Slowakische Republik angrenzenden Bundeslandes werden daher einem Hilfeersuchen der Slowakischen Republik nur dann entsprechen können, wenn seitens der maßgeblichen Trägerorganisationen (zB Feuerwehren und deren Verbände, Österreichisches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariterbund, Rettungsflugorganisationen) und der hierfür politisch und rechtlich Verantwortlichen die Bereitschaft zur Erbringung von Hilfeleistungen besteht.

Zweck des Vertrages ist es, rasch und unbürokratisch Hilfeleistungen zu ermöglichen; dieses Prinzip gilt auch für den Bereich des Ausgleiches für während der Einsätze rechtmäßig oder rechtswidrig zugefügte

Schäden (Art. 11). Einsätze im Nachbarstaat sollen nicht durch langwierige gegenseitige Abrechnungen nach ihrem Abschluß erschwert werden. Hingegen sollen die freiwilligen Helfer, die für den anderen Staat und dessen Angehörige beträchtliches Risiko an Leib, Leben, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit auf sich nehmen, vor Ansprüchen des hilfeersuchenden Staates wie auch solchen Dritter geschützt werden (Art. 11 Abs. 1 bis 3).

Die Frage der Kostentragung ist zunächst hinsichtlich der Beziehungen der beiden vertragsschließenden Staaten von Bedeutung. Der Vertrag geht davon aus, daß die Hilfeleistung kostenlos erfolgt.

Ausgangspunkt für die Beurteilung der innerstaatlichen Kostenfrage ist die Tatsache, daß die Hilfeleistungen bzw. die Einsätze seitens österreichischer Kräfte grundsätzlich freiwillig erfolgen (Art. 1).

Dies gilt sowohl für die Zusage von Hilfeleistungen durch die zuständigen österreichischen Behörden gegenüber der Slowakischen Republik als auch für die Bereitschaft österreichischer Stellen, an einem Hilfseinsatz in der Slowakischen Republik mitzuwirken.

Für österreichische staatliche Stellen besteht somit keine rechtliche Möglichkeit, unmittelbar auf Grund dieses Vertrages andere Rechtsträger zur Teilnahme an Hilfseinsätzen zu verpflichten; dies gilt insbesondere für die Beziehungen des Bundes zu den Ländern. Eine unmittelbare Entsendung von Hilfskräften durch den Bundesminister für Inneres oder die Landesregierung jedes an die Slowakische Republik angrenzenden Bundeslandes ist nur in jenen Fällen möglich, in denen die entsendende Behörde auf Grund österreichischer Rechtsvorschriften über eigene Hilfskräfte verfügt.

Die Zusage von Hilfeleistungen im konkreten Anlaßfall setzt voraus, daß die Tragung der mit dem Hilfseinsatz verbundenen Kosten jeweils im vorhinein geklärt wird.

Für die Tragung der Kosten der auf österreichischem Staatsgebiet von slowakischen Organisationen erbrachten Hilfseinsätze gilt der Kostentragungsgrundsatz gemäß § 2 F-VG 1948. Dies bedeutet im gegebenen Zusammenhang, daß die auf Grund dieses Vertrages den Körperschaften erwachsenden Kosten für die Leistung von Entschädigungen oder Ersätzen sowie die Kosten bestimmter Unterstützungsleistungen (etwa gemäß Art. 10 Abs. 3) von jener Gebietskörperschaft zu tragen sind, deren Vollziehungsbereich die Bekämpfung der Katastrophe im Einzelfall zuzuordnen ist.

Bei konkreten Rettungs- und Hilfsmaßnahmen, die wegen ihres freiwilligen Charakters jeweils auf Grund einer ihr vorausgehenden ausdrücklichen politischen Entscheidung der in Art. 3 Abs. 1 genannten zuständigen Behörden erfolgen, ist in jedem Fall mit Kosten zu rechnen, deren Höhe nach den zugrunde gelegten Szenaria variiert; in der hier erforderlichen politischen Entscheidung werden sich die zuständigen Behörden demgemäß auch mit der Frage der Aufbringung der notwendigen finanziellen Mittel auseinandersetzen müssen.

Besonderer Teil

Zu Art. 1:

Diese Bestimmung legt fest, daß der Vertrag lediglich die Rahmenbedingungen für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen im anderen Vertragsstaat über dessen ausdrückliches Ersuchen regelt. Hinsichtlich der Durchführung des Vertrages im Einzelfall sowie der Art und des Umfangs der Hilfeleistung haben die im Art. 3 genannten zuständigen Behörden das Einvernehmen zu pflegen. Die herkömmliche grenzüberschreitende Nachbarschaftshilfe wird durch diesen Vertrag nicht berührt und soll in der bewährten Praxis fortgeführt werden.

Zu Art. 2:

Art. 2 definiert die im Vertrag wiederholt verwendeten Begriffe.

Zu Art. 3:

Art. 3 bestimmt die Behörden, die Hilfeersuchen stellen und entgegennehmen können, und legt fest, daß sie direkt miteinander verkehren können.

Art. 3 Abs. 1 räumt auch der Landesregierung jedes an die Slowakische Republik angrenzenden Bundeslandes eine Zuständigkeit auf dem Gebiet der "äußeren Angelegenheiten" im Sinne des Art. 10 Abs. 1 Z 2 B-VG ein.

Der Begriff der "Entgegennahme von Hilfeersuchen" ist im Zusammenhang mit anderen Bestimmungen des Vertrages zu sehen. Die Zuständigkeit der in Art. 3 Abs. 1 genannten Behörden beschränkt sich nicht auf eine Entgegennahme im engeren Sinn, sondern umfaßt auch die Befugnis, Absprachen über Art und Umfang der zu leistenden Hilfe zu treffen (Art. 4) und dem Ersuchen nach entsprechender innerstaatlicher

Abklärung "stattzugeben" (vgl. die Definition des Begriffes "Hilfeleistender Staat" in Art. 2), sei es durch bloße "Vermittlung" von Hilfeleistung oder durch Entsendung (im Sinne der von Art. 5 getroffenen Unterscheidung). Mit der Zuständigkeit zur Entgegennahme von Hilfeersuchen ist also auch die Zuständigkeit zur Durchführung von Hilfeleistungen verbunden.

Sofern im Bereich des Bundes Angehörige des Bundesheeres, Angehörige der Wachkörper des Bundes oder andere Personen, wenn sie sich zu Maßnahmen der Katastrophenhilfe verpflichtet haben, entsendet werden sollen, sind die Vorschriften des Bundesverfassungsgesetzes über die Kooperation und die Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), BGBl. I Nr. 38/1997, anzuwenden.

Die Hilfeleistungen werden jedoch hauptsächlich von privaten Organisationen durchgeführt werden. Eine gänzliche oder teilweise Kostenübernahme durch Gebietskörperschaften kann weiterhin im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung erfolgen.

Aus dem verfassungsändernden Charakter des Art. 3 Abs. 1 ergibt sich, daß der Bundesminister für Inneres und die Landesregierung jedes an die Slowakische Republik angrenzenden Bundeslandes sich bei Stellung von Hilfeersuchen nicht im Rahmen der derzeit durch erhebliche Zersplitterung gekennzeichneten bundesstaatlichen Kompetenzenverteilung auf dem Gebiet der Katastrophenbekämpfung halten müssen; dies erscheint im Hinblick auf das Erfordernis raschen und unbürokratischen Handelns im Katastrophenfall zweckmäßig. Beim Katastropheneinsatz selbst unterstehen jedoch auch die ausländischen Hilfsmannschaften den für die Katastrophenbekämpfung jeweils zuständigen innerstaatlichen Behörden (Art. 9 des Abkommens). Nach dieser Zuständigkeit richtet sich gemäß § 2 F-VG 1948 auch die Pflicht zur Tragung der mit dem Hilfseinsatz allenfalls (soweit nicht der Grundsatz der Unentgeltlichkeit gilt) verbundenen Kosten.

Zu Art. 4:

Art. 4 sieht die Pflege des Einvernehmens zwischen den im Art. 3 genannten zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten vor, um die entsprechenden Hilfeleistungen aufeinander abzustimmen, Art und Umfang der Hilfeleistungen zu konkretisieren und dadurch die Auswahl der erforderlichen Hilfsmannschaften im Inland zu erleichtern.

Zu Art. 5:

Diese Bestimmung beschreibt die Arten der Hilfeleistung.

Zu Art. 6:

Art. 6 regelt den Grenzübergang und Aufenthalt der Hilfsmannschaften. Die Formalitäten werden auf ein Mindestmaß reduziert. Überdies gelten die Bestimmungen des Europäischen Abkommens über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates, BGBl. Nr. 175/1958, in der geltenden Fassung. Weiters sind die Bestimmungen des Paßgesetzes 1992, BGBl. Nr. 839, und die des Fremdenengesetzes 1997, BGBl. I. Nr. 75, in der jeweils geltenden Fassung von Bedeutung.

Zu Art. 7:

Diese Bestimmung enthält zollrechtliche Regelungen und insbesondere Erleichterungen zur Durchführung des Vertrages hinsichtlich Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen.

Art. 7 Abs. 4 führt gesondert die Einfuhr und Wiederausfuhr von Suchtgiften und psychotropen Substanzen an und unterwirft diese gleichfalls der Regelung des Abs. 3. Hiedurch wird klargestellt, daß in Abweichung von einschlägigen Bestimmungen bezüglich des Einsatzes von Suchtgiften eine dem Katastrophenfall angepaßte Vorgangsweise ermöglicht werden soll.

Im übrigen enthält Art. 7 Abs. 4 für den Einsatz von Suchtgiften und psychotropen Substanzen auch eine besondere Regelung, daß diese nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragsstaates eingesetzt werden dürfen, dem die Hilfsmannschaft angehört. Es soll damit sichergestellt werden, daß auch in Katastrophenfällen die Verwendung von Suchtgiften und psychotropen Substanzen nur über ärztliche Anordnung erfolgt (allfällige Verstöße würden aber durch Notstand zumindest entschuldigt sein).

Zu Art. 8:

Durch Abs. 2 wird für Flüge im Rahmen von Hilfeleistungen eine Ausnahme vom Zollflugplatzzwang geschaffen. Diese Bestimmung steht im Einklang mit § 31 Abs. 1 Z 2 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 659/1994, in der geltenden Fassung.

Die im Art. 3 Abs. 1 genannten Behörden werden die Absicht, daß Luftfahrzeuge eingesetzt werden, unverzüglich an die für die Luftraumüberwachung jeweils zuständigen zivilen und militärischen Stellen bekanntgeben. Zweckmäßigerweise wird auch im entsprechenden Flugplan ein Hinweis auf dieses Abkommen aufzunehmen sein.

Zu Art. 9:

Abs. 1 und 2 haben verfassungsändernden Charakter, da – soweit nicht § 4 Abs. 3 KSE-BVG anwendbar ist – eine mit Art. 20 Abs. 1 B-VG nicht vereinbare Unterstellung österreichischer Organe unter ausländische Organe ermöglicht wird. Dem hilfeersuchenden Staat obliegt die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen. Seine Behörden richten die konkreten Anordnungen für die Hilfsmannschaften ausnahmslos an ihren Leiter, dem die Durchführung des Hilfseinsatzes obliegt.

Abs. 3 normiert, daß die Behörden des hilfeersuchenden Staates den Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Staates und deren Leitern Schutz und Hilfe bei der Durchführung des Vertrages zuteil werden lassen.

Zu Art. 10:

Abs. 1 normiert den Grundsatz, daß der hilfeleistende Staat gegenüber dem hilfeersuchenden Staat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten bei Hilfeleistungen hat.

Dies bedeutet zunächst, daß im Falle eines Einsatzes österreichischer Hilfskräfte in der Slowakischen Republik grundsätzlich weder die österreichischen Hilfskräfte noch deren Rechtsträger (Bund, Länder und andere Rechtsträger) Abgeltung ihrer Leistungen durch die Slowakische Republik erhalten.

Soweit jedoch österreichische Hilfskräfte durch den Bundesminister für Inneres oder die Landesregierungen jedes an die Slowakische Republik angrenzenden Bundeslandes lediglich vermittelt werden (etwa im Falle gewerblicher Unternehmen, welche Katastrophenhilfeeinsätze gewerbsmäßig leisten), ist die Slowakische Republik zum Ersatz der Kosten verpflichtet. Der Anspruch auf Kostenersatz erwächst unmittelbar der betreffenden Organisation, welche den Hilfseinsatz auf Grund der Vermittlung österreichischer Behörden geleistet hat.

Soweit die Kosten der (nicht lediglich vermittelten) Hilfsmaßnahmen im hilfeersuchenden Staat von den Begünstigten dieser Hilfsmaßnahmen wieder hereingebracht werden können, besteht ein Anspruch auf Ersatz der entstandenen Kosten (Abs. 2). Hinsichtlich der Tragung der von den Gebietskörperschaften zu erbringenden Leistungen wird auf den Allgemeinen Teil verwiesen.

Zu Art. 11:

Art. 11 des Vertrages betrifft sowohl Ansprüche auf Schadenersatz, die auf den §§ 1295 ff. ABGB oder anderen zivilrechtlichen Haftungstatbeständen gründen, als auch Entschädigungsansprüche, die in verschiedenen Gesetzen als Ausgleich für Eingriffe in bestimmte Rechtsgüter bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall gewährt werden.

Die Bestimmung verfolgt mehrere Ziele: Zum einen soll dem Zweck des Vertrages, die zwischenstaatliche Hilfeleistung zu erleichtern, auch bei der gegenseitigen Abwicklung von Schäden Rechnung getragen werden. Die gefahrenträchtigen Tätigkeiten der Helfer bei einem Einsatz können zu Beeinträchtigungen fremder Rechtsgüter führen. Dennoch soll das Verhältnis der Vertragsstaaten nicht durch langwierige Auseinandersetzungen über den Ersatz dieser Nachteile belastet werden. Zum anderen soll die Rechtsstellung außenstehender Dritter, denen bei einem Einsatz ein Schaden zugefügt wird, nicht dadurch verschlechtert werden, daß ein ausländischer Helfer für den Schaden verantwortlich ist.

Schließlich werden auch Erleichterungen für die Helfer vorgesehen. Mit Einsätzen im Ausland werden oft persönliche und finanzielle Unannehmlichkeiten verbunden sein, die in der Regel freiwillig in Kauf genommen werden. Dieses Engagement der Helfer im Interesse eines anderen Staates soll durch die Verminderung der drohenden, oft erheblichen Risiken gefördert werden.

Art. 11 Abs. 1 des Abkommens sieht demgemäß einen Verzicht der Vertragsstaaten (unter denen die jeweiligen Gebietskörperschaften zu verstehen sind) auf die ihnen gegeneinander und gegen Helfer zustehenden Ansprüche aus Vermögens- und Personenschäden vor.

Ansprüche anderer Geschädigter (etwa eines Helfers selbst, eines außenstehenden Dritten oder eines Sozialversicherungsträgers) oder Ansprüche gegen andere Schädiger sollen nicht erfaßt werden.

Art. 11 Abs. 2 regelt den Verzicht betreffend Ansprüche auf Ersatz von Schäden, die einem Vertragsstaat aus einer gesundheitlichen Beeinträchtigung oder aus dem Tod eines Helfers erwachsen. Nach österreichischem Recht ist der Anwendungsbereich dieser Bestimmung gering, weil eine Verletzung, eine Gesundheitsschädigung oder die Tötung eines Helfers in der Regel zu sogenannten "mittelbaren Schäden"

einer Gebietskörperschaft führen wird. In Fällen des Abs. 1 wird nur auf solche Schäden abgestellt, die "im Zusammenhang mit der Erfüllung" eines Auftrages bestehen. Ansprüche wegen solcher Schäden, die bloß "gelegentlich der Erfüllung" verursacht werden, sollen dagegen unberührt bleiben.

Art. 11 Abs. 3 des Abkommens sieht eine Haftung des hilfeersuchenden Staates für Schäden vor, die einem außenstehenden Dritten durch einen Helfer des Entsendestaates zugefügt werden. Den Behörden des hilfeersuchenden Staates obliegt nach Art. 9 Abs. 1 des Abkommens die Koordination und Gesamtleitung des Einsatzes, sodaß ihm damit verbundene Schäden auch zugerechnet werden können. Abs. 3 betrifft auch Amtshaftungsansprüche auf Grund eines rechtswidrigen und schuldhaften Verhaltens eines ausländischen Helfers. Die Zurechnung dieser Handlungen zu einem bestimmten (inländischen) Rechtsträger wird nach den hierfür entwickelten Grundsätzen des Amtshaftungsrechts vorzunehmen sein. Daneben ist auch in diesem Fall an Entschädigungsansprüche zu denken, die einem außenstehenden Dritten gegen eine Gebietskörperschaft wegen eines rechtmäßigen Eingriffs in seine Rechtsgüter zustehen.

Zur Vermeidung von – wie erwähnt – unerwünscht langwierigen Auseinandersetzungen und zur Verminderung der Risiken der Helfer soll es zu keinem Regreß gegen den hilfeleistenden Staat oder dessen Helfer kommen.

Zu Art. 12:

Abs. 1 bestimmt, daß Personen, die bei einer Katastrophe als Evakuierte von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind, bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit die notwendige soziale Hilfe erhalten.

Zu Art. 13:

Da Hilfeleistungen im konkreten Anlaßfall besser und rascher durchgeführt werden können, wenn bereits konkrete Vorbereitungen getroffen worden sind, werden im Art. 13 demonstrativ mögliche weitere Formen der Zusammenarbeit aufgezählt.

Art. 13 Abs. 2 bestimmt, daß der Vertrag sinngemäß auf gemeinsame Übungen anzuwenden ist. Im Sinne dieser Anordnung gilt, daß die Teilnahme an Übungen ebenfalls freiwillig erfolgt und daß kein Rechtsträger unmittelbar auf Grund dieses Vertrages vom Bundesminister für Inneres oder der Landesregierung jedes an die Slowakische Republik angrenzenden Bundeslandes zur Teilnahme an Übungen verpflichtet werden kann. Eine unmittelbare Entsendung in die Slowakische Republik ist nur hinsichtlich jener Hilfskräfte möglich, die auf Grund österreichischer Vorschriften den zuständigen Behörden zur Verfügung stehen.

Die Tragung der Kosten wird daher auch in diesen Fällen zweckmäßigerweise Gegenstand von Absprachen sein.

Zu Art. 14:

Art. 14 betont die Notwendigkeit praxisbezogener Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen, die in Zusammenarbeit der für die Durchführung des Vertrages zuständigen Behörden zu vereinbaren sind. Soweit erforderlich, sind die jeweiligen Fernmeldeverwaltungen zu befragen.